E-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	16.05.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Europa

Antragstext

Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Nach Jahrhunderten der gewaltsamen Auseinandersetzungen, davon zwei Weltkriegen, ist mit der Europäischen Integration etwas gelungen, was einzigartig ist. Ein Versprechen sich hinter gemeinsamen Werten und Zielen zu vereinigen und Frieden, Freiheit, Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit auf unserem Kontinent zu etablieren und dafür einzustehen. Aus dem Verbund von 27 Staaten mit über 440 Millionen Menschen entstand eine Gestaltungskraft, welche die der einzelnen Mitgliedsstaaten weit übertrifft. Gemeinsam sind wir stärker als allein. So ist es möglich, dem planetaren Ernstfall Klimaschutz und Artensterben zu begegnen und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Die Europäische Union kann ihre Stärke nutzen, um weit über den Kontinent hinaus für Demokratie und Menschenrechte einzustehen und durch einen glaubhaften Einsatz für europäische Werte eine global wirksame, gesellschaftliche Vorbildfunktion einnehmen. Der Europäische Binnenmarkt entfaltet enorme Kräfte dabei, innovative Technologien zu entwickeln und damit die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft voranzutreiben – auch als erfolgreiches Beispiel für Wirtschaftsregionen auf anderen Kontinenten. Die Globalisierung hat vielen Menschen weltweit enorme wirtschaftliche Verbesserungen beschert, doch ihre Schattenseiten sind sowohl in der Pandemie als auch im Zuge des russischen Angriffskriegs deutlich zutage getreten. Eine vertiefte Europäische Integration ist die einzige Möglichkeit, diesen Herausforderungen zu begegnen. Wir müssen gemeinsam den Multilateralismus nach außen und nach innen verstärken, um zusammen unser vielfältiges Europa zukunftsfest zu machen. Europa ist für uns schon lange kein loses Projekt mehr, sondern fester Bestandteil unserer Lebensrealität.

Gerade für uns in Rheinland-Pfalz mit den Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien hat die europäische Zusammenarbeit besondere Bedeutung. Viele Menschen pendeln zur Arbeit in die angrenzenden Länder, pflegen Freundschaften, machen eine Ausbildung oder studieren, fahren in Urlaub oder zum Einkaufen in andere EU-Mitgliedsstaaten. Noch nie war all dies so einfach. Nach einer Zeit, in der Grenzkontrollen und Zoll, Geldwechseln, Visum, aufenthaltsrechtliche Fragestellungen an der Tagesordnung waren, sind Luxemburg, die Wallonie und das Elsass jetzt tatsächlich einfach nebenan.

Das europäische Klimagesetz unterstützt den Weg zur Klimaneutralität in Rheinland-Pfalz

Die Europäische Union will eine Vorreiterrolle im Bereich Klimaschutz und Energiewende spielen und alle Regionen bei diesen Herausforderungen in den Blick nehmen. Die Katastrophe im Ahrtal im Sommer 2021, das Waldsterben und die Dürren der letzten Jahre zeigen, dass auch wir in Rheinland-Pfalz deutlich von der Klimakrise betroffen sind. Dabei beträgt die Erhitzung bislang gerade einmal 1,2

Grad Celsius. Die 1,5-Grad-Grenze ist nichts Willkürliches, sondern absolut notwendig, um die schlimmsten Folgen abzuwenden und ein sicheres Leben weiter zu ermöglichen.

Wir wollen, dass das Gesetzespaket zur Umsetzung des Klimagesetzes, bekannt als „Fit for 55“, starke Rahmenbedingungen für die Transformation hin zu Klimaneutralität in allen Regionen schafft. Die Reform des EU-Emissionshandelssystem wird alle Sektoren einbinden und besonders den Sektoren Verkehr, Gebäude und Brenn- und Kraftstoffe einen klaren Korridor hin zur Klimaneutralität geben. Für Rheinland-Pfalz als sehr kleinteilig strukturiertes Land stellt die Mobilitätswende eine große Aufgabe dar. Es geht um mehr als eine reine Antriebswende. Mobilität muss vernetzt gedacht werden, wir müssen Bahnstreckenreaktivierungen vorantreiben, Ergänzungen zum ÖPNV schaffen und sichere und effiziente Radwegenetze etablieren.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz eine entscheidende Rolle in der Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland und in Europa einnimmt. Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas und kann somit ein Ankerpunkt für die Transformation unseres Industrie- und Energiesystems sein – besonders bei einer europäischen Wasserstoffstrategie. Unser Land hat zwölf Binnenhäfen und wird somit auf Wasserstoff als Treibstoff angewiesen sein.

Für uns ist eine dezentrale Energieversorgung durch erneuerbare Energien die Strategie für mehr Energiesicherheit und Wertschöpfung vor Ort. Zentrale Energieerzeugung durch Großkraftwerke und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten hat uns für Störfälle anfällig und politisch erpressbar gemacht. Mit unserer geographischen Lage und wirtschaftlichen Vernetzung sind wir eine ideale Region für das Vorantreiben einer erneuerbaren Energieunion.

Wir ermutigen und unterstützen Kommunen dabei, ihre Flächen für erneuerbare Energien, Windanlagen oder Freiflächen-PV, zu nutzen. Die auf europäischer Ebene beschlossenen Verordnungen zur Planungsbeschleunigung ermöglichen die Straffung von Verfahren und treiben insbesondere das Repowering voran. Auch die gestärkten Ziele für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz geben uns Rückenwind für unsere eigenen Ambitionen.

Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass die Europäische Union aus der Atomkraft aussteigt. Wir fordern die Bundesregierung auf, mit unseren Nachbarn Frankreich und Belgien Gespräch zu suchen, mit dem Ziel die Nutzung der Atomkraft zu beenden. Solange die Kraftwerke laufen, müssen höchste Sicherheitsstandards gelten. Die 2022 in etlichen französischen AKW entdeckten Korrosionsschäden sind für uns Anlass zu großer Besorgnis. Auch die Tatsache, dass nur in Finnland die Endlagerung abschließend gelöst ist, sollte alle europäischen Bürger*innen beunruhigen. Wir fordern außerdem, den aus der Zeit gefallenen EURATOM-Vertrag endlich abzuschaffen. Statt Geld in Atomforschung zu investieren, müssen wir uns auf den Ausbau der Erneuerbaren und den Umbau unserer Energieversorgung konzentrieren. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene energisch gegen den Einsatz von EU-Geldern für den Bau neuer Atomkraftwerke einsetzen.

Mit europäischen Vorgaben die Umwelt und Naturschutz in Rheinland-Pfalz unterstützen

Das Artensterben und der damit verbundene Verlust unseres biologischen Sicherheitsnetzes ist eine stille und schleichende Bedrohung. Wir brauchen eine starke EU-Gesetzgebung, die uns hilft, unsere Wälder und Moore zu renaturieren. Zudem bedarf es einer vorausschauenden Politik, die waldreiche Regionen wie Rheinland-Pfalz in Zeiten der Trockenheit und Dürre aufgrund der Klimakrise ausreichend unterstützt. Wir sind Teil der Grünen Lunge Europas.

Mit dem EU-Renaturierungsgesetz setzen wir uns für die Wiederherstellung zerstörter Lebensräume ein. Als größtes Naturschutzgesetz der letzten Jahrzehnte wirken wir damit gegen den Rückgang der Arten, die durch die fortschreitende Klimakrise und Flächenkonkurrenz durch Urbanisierung und intensive landwirtschaftliche Nutzung immer mehr Lebensräume verlieren. Mindestens 30 % der Landflächen und Seegebiete sollen geschützt und eine verpflichtende Biotopvernetzung umgesetzt werden.

Wir setzen uns weiterhin für den besonderen Schutzstatus des Wolfes und des Luchses ein. Ein grenzüberscheitender Austausch auch auf kommunaler Ebene zur Verbesserung des Wolfmanagements hat für uns Priorität. Der rheinland-pfälzischen Wolfsmanagementplan hat das Ziel, Tierhaltung und Wolfspopulation in Einklang zu bringen.

Unsere Flüsse, Seen und Grundgewässer sind unverzichtbar als Quelle des Lebens für Pflanzen, Tiere und Menschen, für Wälder, Wiesen und Äcker. Die Klimakrise und die immer härteren Dürreperioden schränken den Zugang zu Wasser enorm ein. Wir müssen den Zugang zu sauberem Wasser gewährleisten und setzen uns für die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein. Die schockierende Zahl von mehr als 17.000 Altlasten in Europa, auch bei uns in Rheinland-Pfalz, mit den giftigen und hormonwirksamen PFAS , sogenannten „Ewigkeitschemikalien“ zeigt, dass eine Reform der Chemikalienverordnung REACH dringend benötigt wird.

Kommunale Versorgung: europäisch und dezentral

Die Starkregenkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 und der darauffolgende Wiederaufbau zeigen uns die vielen Schwächen im geltenden EU-Vergaberecht. Das Vergaberecht muss ökologischer, nachhaltiger und vor allem krisenresilienter umgestaltet werden. Wir wollen, dass Kommunen ausreichend Gestaltungsspielraum haben, sich den Folgen der Klimakrise anzupassen. Außerdem solldas Wettbewerbsrecht ökologischen Kriterien nicht widerlaufen.

Bäuerliche Landwirtschaft und Weinbau auf europäischer Ebene berücksichtigen

Rheinland-Pfalz ist das Land der Reben und Rüben. Sechs der 13 deutschen Weinanbaugebiete liegen in Rheinland-Pfalz. Landwirtschaft und Weinbau sind hier noch überwiegend kleinteilig strukturiert. Diese Familienbetriebe wollen wir als Grundlage der Agrarwende erhalten. Ernährungssicherheit gibt es nur mit biologischer Vielfalt. Gesunde Ökosysteme sind die Voraussetzung für sauberes Wasser und fruchtbare Böden. Deshalb gilt es, unsere Betriebe für den Erhalt dieser Ökosystemleistungen zu bezahlen, statt unspezifisch Flächenprämien auszuschütten. Um mit der Erzeugung von gesunden und umweltverträglichen Lebensmitteln ein gutes Auskommen für die Produzierenden zu erreichen, setzen wir auf regionale Absatzmärkte.

Wir unterstützen die für die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Montreal notwendigen Pestizidreduktionsziele der EU und setzen weiter auf die Erforschung und Etablierung integrierter Pflanzenschutzmethoden. Dazu wollen wir den Dialog

mit den Landwirt*innen und Winzer*innen aktiv führen, um im gemeinsamen Zusammenschluss Artenvielfalt sichern, Ernährungssicherheit gewährleisten und kleinbäuerliche Betriebe unterstützen zu können.

Einheitliche europäische Standards sind uns wichtig. Versorgungssicherheit muss europäisch gedacht werden, Standards für Klima- und Umweltverträglichkeit, Tierschutz und Arbeitsbedingungen global. Sie müssen in der Erstellung von internationalen Verträgen und Handelsabkommen verpflichtend berücksichtigt werden.

Demokratisches Miteinander und Rechtsstaatlichkeit in Europa und vor Ort

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir kämpfen in jedem Rat und in jedem Parlament gegen Ideologien des autoritären Nationalismus von rechts. Die kommunale Ratsarbeit, die meistens auf Ehrenamt basiert, schützen wir vor Hass und Hetze und von Verschwörungsideologien. Wir unterstützen ebenso solidarisch alle Aktiven in der Zivilgesellschaft, die sich für ein gemeinsames und demokratisches Europa einbringen.

Wir informieren die Bürger*innen über die Erfolge in allen Bereichen auf EU-Ebene und nehmen sie zu mehr Beteiligung mit. Korruption und Verstöße gegen europäisches Recht machen wir publik und setzen uns für deren Bekämpfung ein. Wir stehen hinter Vertragsverletzungsverfahren, insbesondere in Umwelt-, Rechtsstaats- und Menschenrechtsfragen.

Wir wollen ein Europa der Kommunen und Regionen, in dem die europäische Zusammenarbeit mit den Kommunen und Regionen vor Ort gestärkt wird, die europäische Vielfalt sichtbar und erlebbar wird. Wir setzen auf Austausch durch Städtepartnerschaften innerhalb der EU, aber auch darüber hinaus, etwa mit Städten in der Ukraine

Für eine humane, solidarische und geordnete Asylpolitik in Europa

Der Umgang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine, mit der größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, macht es deutlich: wenn die EU-Mitgliedstaaten, ihre Regionen und Kommunen solidarisch zusammenarbeiten, dann finden sie gemeinsame Wege. Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit seinen europäischen Partnern und im engen Schulterschluss zwischen Land und Kommunen, eine große Anzahl an Menschen aus der Ukraine unterstützt.

Andererseits zeigt der Tod von über 25.000 Menschen, die auf der Flucht im Mittelmeer wegen unterlassener Hilfeleistung seit 2016 ertrunken sind, dass eine Reform des EU-Asylsystems dringend notwendig ist. Es ist unsere Solidarität miteinander, die unsere Handlungsfähigkeit auch hier sichern kann. Wir dürfen die Staaten an der Außengrenze nicht allein lassen, weder mit den Geflüchteten, die Anspruch auf Asyl haben, noch mit den Menschen, die zurückgeführt werden müssen.

Der Druck auf die Außengrenzen sowie auf die Aufnahmekapazitäten kann verringert werden, indem die EU die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern verstärkt – u.a. mit Migrationspartnerschaften. Bereits jetzt unterstützt die EU die freiwillige Rückkehr, die in Rheinland-Pfalz gut genutzt wird, finanziell. Darauf wollen wir aufbauen.

Wir brauchen dringend eine verbindliche und faire Verteilung der Geflüchteten in der EU, das ist die Grundlage für die Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und eine frühzeitige Integration.

Um irreguläre Migration einzuschränken, müssen reguläre und sichere Migrationswege geschaffen werden. Wir brauchen ebenso dringend eine bessere Fachkräftezuwanderungspolitik, die den Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes entspricht. Hier müssen die Verfahren unbedingt beschleunigt werden. Damit begegnen wir auch dem Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland, der im letzten Jahr ein neues Allzeithoch erreicht hat – allein in Rheinland-Pfalz gab es 45.800 unbesetzte Stellen. Wir setzen uns auch für die Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein. Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Wir setzen uns dafür ein, dass der kulturelle und schulische Austausch zwischen Schulen, Hochschulen sowie bi- und multinationalen Kitas, ausgebaut wird. Auch den außerschulischen, selbstorganisierten Jugendaustausch von jungen Menschen z.B. in Jugend- und Sportverbänden wollen wir weiter stärken. Unser Ziel ist es, dass jeder junge Mensch in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit bekommt, an einer europäischen Jugendbegegnung teilzunehmen.Ebenso wollen wir Begegnungsorte für ältere Menschen in Sprachtandems und -cafés ausbauen. Eine solide europäische Gemeinschaft startet vor Ort mit dem Miteinander der Regionen und der Menschen. Sprache verbindet.Wir wollen außerdem den Erhalt von regionalen Dialekten der Grenzregionen stärken.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wir GRÜNE stehen für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen, um insbesondere strukturschwachen Regionen grenzüberschreitend einzubinden, und sie zu selbstbewussten Akteurinnen in der Umsetzung des Europäischen Green Deals zu machen.

Dafür werden wir uns für den Ausbau des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) auf EU-Ebene einsetzen. Die PV-Anlage auf der Schreinerei, das Tagungshaus auf dem Bauernhof und der Neubau der Kita im Ort, solche Projekte profitieren allesamt von diesen Fonds.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich das enorme Potenzial für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den Bereichen Biotechnologie und Life Sciences gezeigt. Ebenso im Bereich Künstliche Intelligenz können wir auf innovative, marktführende Unternehmen und exzellente Forschung im Land blicken. Gleichzeitig nimmt die Chemie-Industrie weiterhin einen hohen Stellenwert in Rheinland-Pfalz ein. Wir GRÜNE wollen den europäischen Wirtschaftsraum nutzen, um unsere wirtschaftlichen Zukunftssektoren genauso wie Schlüssel-Industrien im Land zu stärken und auszubauen sowie die klimaneutrale Transformation zu fördern. Dazu machen wir uns auf europäischer Ebene für Verbundprojekte im Bereich Forschung und Entwicklung an rheinland-pfälzischen Standorten stark sowie für die Vernetzung europäischer Akteure mit rheinland-pfälzischer Wirtschaft und Wissenschaft.

Ebenso bei der Bewältigung des akuten Fachkräftemangels können wir in Rheinland-Pfalz vom Europäischen Binnenmarkt profitieren. Dazu wollen wir die Arbeitnehmer*innen-Freizügigkeit weiter stärken und EU-Beratungsstellen für Arbeitnehmer*innen ausbauen. Besonders in den Grenzregionen im Land wollen wir bürokratische Hürden für Pendler*innen abbauen. Ebenso unterstützen wir im Land die Umsetzung des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, sodass mehr Fachkräfte über die Blaue Karte der EU sich ansiedeln können. Darüber hinaus wollen wir mit Standortinitiativen und Werbekampagnen Rheinland-Pfalz als Arbeits- und Wohnort für EU-Bürger:innen attraktiv darstellen.

Die Zukunft des europäischen Industriestandorts liegt in Schlüsseltechnologien zur Dekarbonisierung und Erreichung der Klimaneutralität. Der amerikanische Inflation Reduction Act hat die Messlatte für grüne Investitionen hoch gelegt, wir begrüßen daher die europäische Initiative des Net-Zero Industry Acts. In Rheinland-Pfalz wollen wir gute Voraussetzungen für die Forschung, Gründung und Skalierung von Klimatechnologien bieten. Die zukünftige Wertschöpfung und der Wohlstand Europas sind GRÜN.

Mobilität

Ein Schlüssel des Friedensprojektes Europa ist die Personenverkehrsfreiheit, mit der starre Grenzen der Vergangenheit angehören. Wir setzen uns dafür ein, dass die Freizügigkeit des Schengenraums für alle EU-Bürgerinnen gewährleistet ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität von Bürger*innen, sowie der Güterverkehr als fester Bestandteil unserer Wertschöpfungsketten nachhaltig und klimaneutral werden.

Besonders für innereuropäische Erholungs- und Geschäftsreisen wollen wir die Bahnverbindungen tags und nachts ausbauen. Auch eine europäische Buchungsplattform ist überfällig, um Fernreisen per klimafreundlichem Öffentlichem Verkehr zu ermöglichen. Nur so sind Flugreisen innerhalb Europas massiv zu reduzieren. Als Teil der Großregion setzten wir uns für den Ausbau der Nahmobilität in Grenzregionen ein und wollen eine Anschlussgarantie im europäischen Zugverkehr. Der energieeffiziente Transport per Binnenschiff muss zukunftsfest gemacht werden. Dafür braucht es zum einen eine Antriebswende hin zu batterieelektrischen und Wasserstoffschiffen, zum anderen die Anpassung der Schiffe an immer häufiger auftretende Niedrigwasserstände. Denn der irreversible Rückgang der Alpengletscher wird sich massiv auf die Rheinpegelstände im Sommer auswirken.

Europa ist für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen. In unseren lebendigen Grenzregionen tragen wir Europa im Herzen. Wir sind uns einig: kein Zurück ins nationale Schneckenhaus. Als Rheinland-Pfälzer*innen denken und handeln wir europäisch und vernetzt.

Bei der anstehenden Europawahl kämpfen wir für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa, für Frieden und soziale Gerechtigkeit und Mehrheiten, um der Klimakrise entschlossen entgegenzutreten. Gekoppelt mit der Kommunalwahl haben wir die Chance, die Vision der „europäischen Kommune“ zu skizzieren und deutlich zu machen, dass den globalen Problemen nur mit lokalen GRÜNEN Lösungen vor Ort begegnet werden kann.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Fabian Ehmann (KV Mainz); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Dr. Lea Heidbreder (KV Landau); Jutta Paulus (KV Neustadt/Wstr.); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich)